

Die sächsischen Arbeitgeber versuchen, die Ungleichheit in Beton zu gießen und ziehen dafür gerade alle Register!

- ▶ auf Antrag des Arbeitgeberverbandes untersagt das Arbeitsgericht sämtliche Warnstreiks
- ▶ IG Metall schöpft alle rechtlichen Mittel dagegen aus

Der sächsische Arbeitgeberverband (VSME) hat am 15. April 2021 vor dem Arbeitsgericht Leipzig eine einstweilige Verfügung gegen unsere Forderung für das Tarifliche Angleichungsgeld erwirkt. Ihre Argumentation zieht die Ernsthaftigkeit unserer berechtigten Angleichungsforderung in Zweifel, und das, obwohl wir diese in 3 Verhandlungen eingehend begründet haben.

Die Entscheidung des Gerichts ist für uns nicht nachvollziehbar! Mit dieser Entscheidung geben wir uns nicht zufrieden und haben noch am selben Abend Berufung eingelegt.

Dennoch ist es uns bis zu einer Entscheidung des Landesarbeitsgerichts (LAG) – welches wir für kommende Woche erwarten – untersagt, Warnstreiks durchzuführen. Im Übrigen hat am selben Abend auch der Arbeitgeberverband VME (Berlin-Brandenburg) angekündigt, sich gegen Warnstreiks der IG Metall rechtliche Mittel ausdrücklich vorzubehalten, um kurzfristig vermutlich eine ähnliche Entscheidung zu erwirken. Wegen des Urteils aus Leipzig und um schwerwiegende Schadensersatzforderungen gegen die IG Metall abzuwenden, haben wir uns schweren Herzens dazu entschlossen, die für die kommenden Tage geplanten Warnstreiks zunächst bis zur Entscheidung des LAG kurzfristig abzusagen. Diese Entscheidungen sind uns keineswegs leichtgefallen, aber die durch den Arbeitgeberverband erwirkte einstweilige Verfügung lässt uns keine Wahl.



Ihr habt in den letzten Wochen unter schwierigsten Bedingungen eine Super-Bewegung entfacht. Die Arbeitgeber haben uns mit ihrer Flucht in die gerichtliche Auseinandersetzung aus voller Fahrt in die Vollbremsung gezwungen. Wir sind entsetzt, dass die Arbeitgeber versuchen, uns auf gerichtlichem Wege die Auseinandersetzung zu untersagen. Gefallen lassen werden wir uns das nicht. Wir werden uns mit allen rechtlichen und politischen Mitteln wehren und weiter für die Angleichung kämpfen! Dabei sind wir uns der Solidarität unserer Kolleginnen bundesweit sicher!

Birgit Dietze, Bezirksleiterin

Wir beraten jetzt schnellstmöglich mit der Tarifkommission die nächsten Schritte.